

Sonderfall Schweiz

Autor(en): **Imhof, Kurt**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie = Swiss journal of sociology**

Band (Jahr): **32 (2006)**

Heft 2

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-814429>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sonderfall Schweiz

Kurt Imhof*

Jede soziale Einheit, die ein Selbstverständnis ausbildet, konstruiert sich als Sonderfall. Besonders bedeutsam ist dies für demokratische Gemeinwesen, weil die Anerkennung von Mehrheits-, Minderheitsentscheiden und Umverteilungen die sozialmoralische Disposition von Zugehörigkeit voraussetzt. Zugehörigkeit ist an einen «Gemeinsamkeitsglauben» (Max Weber) gebunden. Eben diesen konstituieren Sonderfallsverständnisse. Weite Bereiche der alten nationalpatriotischen Mainstreamehistoriographie haben dieses einfache «fait social» (Emile Durkheim) ebenso vernachlässigt, wie die neue nationalkritische Mainstreamehistoriographie ab den 1970er Jahren. Erstere feierte den schweizerischen Sonderfall tatsächlich als Sonderfall; letztere macht das Umgekehrte und dementiert den Sonderfall Schweiz. Beide Strömungen sind gleich falsch: Die klassische Nationalgeschichtsschreibung neigt zum Heldenepos, die neuere Antinationalgeschichtsschreibung dekonstruiert das Heldenepos. Beide verpassen die Eigendynamik wie den Eigenwert von Sonderfallsdiskursen. Es ist Zeit spannendere Fragen zu stellen. Spannender ist die Einsicht, dass die spezifische Ausprägung eines Sonderfalles *Pfadabhängigkeiten* schafft. Mit anderen Worten: Sonderfallsverständnisse sind historisch gewachsene, in der öffentlichen Kommunikation umstrittene und dadurch geformte «faits sociaux», die selbst wiederum soziale Tatsachen schaffen.

1 Sonderfälle und Pfadabhängigkeiten

Als die Helvetische Gesellschaft, diese Sozietät patriotischer und durch die jüngsten Ereignisse in Frankreich inspirierter Aufklärer 1790 einen Denkmalentwurf auf dem Rütli plante, bediente sie sich der Symbole Stange, darauf den Tellenhut und beides umgeben von 13 Steinquadern. Dieses Symbolensemble vereinigt in sich Geschichtsinterpretationen, die zu einem revolutionären Entwurf der Schweiz zusammengefügt wurden. Stange und Hut gehen symbolgeschichtlich auf die Sklavenaufstände im Alten Rom zurück. Die Hutsymbolik wird aber in dieser Zeit, wie vieles in Europa, vor allem durch Frankreich beeinflusst. In Paris wurde diese uralte Aufstandssymbolik mit dem roten Sansculottenhut zum Revolutionssymbol aufgeladen. Allerdings übernimmt die Helvetische Gesellschaft die eigene «Hut-

* Kurt Imhof, Universität Zürich, fög – Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft / ipmz – Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung / suz – Soziologisches Institut, Andreasstrasse 15, CH–8050 Zürich-Oerlikon, Tel. +41 44 635 21 11, Fax. +41 44 635 21 01, E-mail: kurt.imhof@foeg.unizh.ch

traditionssymbolik» und setzt auf die Stange den Tellenhut. Die Stange wurde in der Schweiz dieser Zeit selbstverständlich auch mit der Stange des Gesslerhutes in Verbindung gebracht, nun aber wird dieses Herrschaftssymbol umgedeutet: Gessler wird die besondere Bösartigkeit zugeschrieben, ausgerechnet Stange und Hut, dieses Zeichen des Widerstands und der Revolte, zum Zeichen der Herrschaft und der Unterdrückung gemacht zu haben (Ebert, 1991, 103–146).¹ Hier spiegelt sich die Erfahrung aller Akteure dieser Zeit, dass Symbole wie Begriffe umkämpft sind und dass ihre «Besetzung» von entscheidender politischer Bedeutung ist.

Das lässt sich auch am anderen gewichtigen Symbol der neuen Zeit, dem Freiheitsbaum zeigen, der ebenfalls in Anlehnung an die Symbolpolitik der Französischen Revolution während der Helvetik überall da aufgestellt wurde, wo der politische Umbruch zum Thema gemacht werden sollte. Der Baum hat seinen Ursprung im Brauchtum im Mai die neue Jahreszeit mit dem Maibaum, einem geschmückten Baum, zu begrüßen. In der Französischen Revolution erkoren die Jakobiner diesen Maibaum zum Freiheitsbaum. Durch diesen symbolpolitischen Schachzug im öffentlichen Raum, der sich in der Praxis durch einen neuen Schmuck des Maibaums manifestierte (oft nun in den Farben der Kokarde), konnte ein weit verbreitetes Brauchtum politisch aufgeladen werden und gleichzeitig gelang es (im Mai) die Repression zu unterlaufen. Hut und Baumschmuck, sowie Baum (statt Stange) mit Schmuck und Hut konnten dabei national (in der Schweiz auch von Ort zu Ort) variieren und dienten gerade dadurch auf ideale Weise einer vielfältigen Sonderfallsikonographie. Die Helvetische Gesellschaft bezog sich somit auf allgemein verständliche Zeichen allerdings mit der frisch geladenen politischen Bedeutung eines antipatrischen, revolutionären schweizerischen Nationalpatriotismus. Entsprechend symbolisierten die 13 Steinblöcke, in deren Mitte Stange und Hut errichtet werden sollten, die 13 alten Orte der Eidgenossenschaft. Damit lässt sich dieses Symbolensemble lesen: Die Helvetische Gesellschaft wollte 1790 auf dem Rütli ein Denkmal errichten, das die Freiheit der Schweiz der 13 Orte mit der neuen Zeit in Verbindung bringt. Die revolutionsschwangere Gegenwart wird mit einer eigenen Sonderfallgeschichte sinnstiftend gefüllt, in der die Konkordanz der 13 Orte mit dem Urbund des Rütli auf dem Rütli in Verbindung gebracht wird (Ebert, 1991, 103–146; Kreis, 2004a).

Diese historische Aufladung und Neuinterpretation von Symbolen ist nicht spektakulär. Wir finden sie überall, wo sich ein Gemeinwesen identitätsstiftend konstituiert. Die Geschichte wird dann zum Bauchladen, der die Gegenwart mit Sinn und Identität versorgt. Mit anderen Worten: Es gibt *keine* Vergemeinschaftungsform ohne einen Sonderfall-Selbstbeschrieb. Jedes Individuum (die kleinste Form der Vergemeinschaftung) und jede soziale Beziehung deklarieren sich als Sonderfälle, politische wie ökonomische Organisationen habe ihre Sonderfall-Selbstbeschriebe, religiöse, politische, kulturelle, ethnische Gemeinschaften ebenfalls und keine

1 Ebert bezieht sich u. a. auf Salzmann 1798, Der luzernische Freiheitsbaum, Luzern.

Gemeinde- oder Vereinshistoriographie kommt ohne Sonderfall aus. Kurz: Jede historische oder biographische Sinnstiftung mündet zwanghaft in einen Sonderfall, weil jede Identitätsstiftung vom Besonderen lebt. Aus der Binnenperspektive der Identitätskonstitution gibt es keine Normalfälle. Sonderfalls-Selbstverständnisse sind somit konstitutive Bestandteile von Identität. Besonders bedeutsam ist dies für alle Formen demokratisch verfasster sozialer Einheiten, weil die Anerkennung der demokratischen Praxis von Mehrheits-, Minderheitsentscheiden und Umverteilungen ohne die sozialmoralische Disposition der Zugehörigkeit ebenso wenig möglich ist, wie die politische Auseinandersetzung um diese Entscheide zuvor. Von Interesse ist nun das Faktum, dass die je spezifischen Ausprägungen dieser Sonderfälle *Pfadabhängigkeiten* schaffen.

Sonderfallsdiskurse ziehen Leitplanken in eine bestimmte politische Kultur ein. Sonderfallsdiskurse bilden Deutungsbestände aus, in deren Horizont gewisse Dinge möglich sind und andere nicht, und zehren von ihnen. Mit anderen Worten: Sonderfallsdiskurse sind kontingenzbegrenzend, ihre Kernsemantiken lassen sich mit Max Weber als «Ideen» bezeichnen, die die «Bahnen» bestimmen, «in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegt» (Weber, [1916] 1973, 414). Sonderfallsdiskurse bestimmen also *Entwicklungspfade*. Diese Eigenschaft von Sonderfallsdiskursen führt die Analyse in die Geschichte hinein: Wer solche Pfadabhängigkeiten verstehen will, kann sich nicht auf die Messers Schneide der Gegenwart beschränken, die Reflexion wird hineingezogen in jene Phasen, in welchen Sonderfallsverständnisse generiert oder angepasst werden. Dabei handelt es sich regelhaft um *Phasen der Orientierungskrise*, in denen Sonderfallsverständnisse im politischen Konflikt angepasst werden, um wieder Pfadabhängigkeiten zu generieren. In Krisen und Umbrüchen wird die politische Auseinandersetzung historisch aufgeladen, bezieht sich dann auf vergangene Krisen und Umbrüche und interpretiert die mit ihnen verbundenen Kernsemantiken im Licht der Gegenwartsprobleme neu. Heute findet in der Schweiz exakt dieser Vorgang wieder statt. Sie steckt in besonderen Schwierigkeiten sich in der Welt zurechtzufinden. Dieses «Zurechtfinden» hat ein Sonderfallsverständnis zur Voraussetzung und um dieses Sonderfallsverständnis wird politisch gekämpft und dieser Kampf entscheidet nichts weniger als die Grundlinien der Entwicklung der nächsten Jahrzehnte.

Wenn im Folgenden von der Schweiz gesprochen wird, dann ist die öffentliche politische Kommunikation gemeint: Hier kommen Sonderfallsdiskurse zur Geltung, hier sind sie politisch relevant, hier stossen sie aufeinander. Dabei interessieren Kernsemantiken des schweizerischen Sonderfallsdiskurses, insbesondere die Konkordanz. Diese lässt sich aus den politisch relevanten Selbstbeschreibungen der Schweiz nicht mehr entfernen. Die Geschichte entwickelt «lange soziale Beine» und unsere politische Gegenwart ist nach wie vor durch die Konkordanz geprägt.

Wer gegen sie verstösst, wird politisch bestraft, wer sie betont oder gar fördert, wird politisch belohnt.²

Die zentrale Bedeutung der Konkordanz ist nur dann verständlich, wenn weitere Elemente des schweizerischen Sonderfallsverständnisses berücksichtigt und zur Konkordanz in Bezug gesetzt werden. Dies gilt insbesondere für die Herkunftsmythologie, die einen *bäuerlichen Ursprung* der Eidgenossenschaft imaginiert, und es gilt für die mit dieser Mythologie direkt verbundene Bedrohungssemantik: Die schweizerische Herkunftsmythologie ist mit Bauernbünden, Burgenbruch, Morgarten, Winkelried verknüpft, d. h. ad fontes mit Bedrohungen *von oben* und *von aussen*. Es ist eine Herkunftsmythologie des gemeinsamen Kampfes föderierter Gemeinwesen in Gestalt von bäuerlichen Talschaften um Freiheit und Recht (Sablonier und Weishaupt, 1991). Nicht der Adel oder das Patriziat, teutonische Urgötter und -göttinnen, Jungfrauen, Heilige und/oder Sprachgemeinschaften bilden die Genesisfiguren der Eidgenossenschaft, sondern sich zusammenrottende Bauern, vereinte Talschaften, föderierte Orte. Die auf dem ganzen europäischen Festland vorkommenden Bauernrevolten flossen inklusive Burgenbruch nur in der spezifisch schweizerischen Nationalmythologie mitsamt den europäischen Bauernkriegen auf «schweizerischem» Boden in das Sonderfallsverständnis ein.³ Diese Widerstandsmythologie musste der schweizerische Aufklärungsliberalismus übernehmen, um Erfolg zu haben. Die patrizischen und bürgerlichen Sonderfallsbeschreibungen vor, während und nach der Helvetik schafften es symbolpolitisch nicht, die Bauern aus dem Mythos zu drängen. Das hat bemerkenswerte Konsequenzen – nicht nur in der Landwirtschaftspolitik der modernen Schweiz.

Die These ist somit: Sonderfallsdiskurse schaffen Pfadabhängigkeiten; der schweizerische Sonderfallsdiskurs ist selbstverständlich wie alle anderen Sonderfälle durch historisch gewachsene Eigenheiten geprägt, die wiederum die Schweizergeschichte prägen. Zentrales Merkmal dieser Eigenheit ist nicht in erster Linie

2 Für die Bestrafung gibt es eine Fülle verschiedenster Beispiele, vom politischen Katholizismus im Kulturkampf über die klassische Arbeiterbewegung in ihrer internationalistischen Phase, die Frontenbünde in den 1920er und 30er Jahren, den Landesring in seiner Sturm-und-Drang-Periode, die Neue Linke in den 1960er und 70er Jahren bis aktuell zur neuen SVP, aber das wird sich noch weisen. Das heisst nicht, dass nichts Neues eingebracht werden kann, aber es heisst, dass das Neue die politischen Leitplanken der Sonderfallsmythologie berücksichtigen muss. Das aktuellste Beispiel für eine politische Arbeit, die das Sonderfallsverständnis gleichzeitig bemüht wie gestaltet, liefert die SVP in den 1980er und 90er Jahren, die ihren in der Geschichte der Schweiz beispiellosen elektoralen Erfolg in erster Linie diesem Faktum verdankt und nicht ihrer Sozialstaatsagitation (Kriesi, 2005).

3 Die schweizerische Nationalmythologie in der wirkmächtigen Nationalgeschichtsschreibung des 18. und 19. Jahrhunderts wurde ironischerweise angestossen durch romantisierende Bildungsreisende (vgl. Imhof und Romano, 1991), die auf der Suche nach dem «Arkadien» die Schweiz durchmassen. Unter ihrem Einfluss wurde das Bild des freien Bauernstaats mit seinen urwüchsigen, aufrechten und freiheitsbewussten Hirtenbauern zum zentralen Element des schweizerischen Nationalbewusstseins. Vgl. zur Entwicklung und Ausprägung des schweizerischen Nationalbewusstseins: Sablonier und Weishaupt, 1991; Ebert, 1991; Marchal und Mattioli, 1992, S. 37 ff.; Marchal, 1992; Siegenthaler, 1992; Marchal, 1990; Im Hof, 1980.

die Neutralität (Bonjour, 1978; Kreis, 2004b), die 1648 und durch den Wiener Kongress von aussen kam⁴, sondern der Widerstand gegen oben und gegen aussen. Dies imprägnierte das Schweizer Selbstverständnis mit einer *Bedrohungssemantik*, die die Konkordanz förderte. Diese «Invention of Tradition» führte zu politischen Innovationen in der Schweiz und macht die Konkordanzsemantik zu einer politischen Notwendigkeit, wenn man politisch etwas verändern will (Hobsbawm, 1991).

2 Gesellschaftsmodelle der Schweiz und ihre Sonderfallsverständnisse

Innovativ begann die moderne Schweiz bereits 1847/48, der erste Schuss der sonst praktisch überall gescheiterten Revolutionen der 1840er Jahre fiel in den Schweizer Alpen. Mit diesem Gründungsmodell lässt sich in der Schweiz die Abfolge von fünf Gesellschaftsmodellen unterscheiden:

Erstens: Das bürgerlich-liberale Gründungsmodell mit schwachen staatlichen Strukturen bis in die 1880er Jahre. In der Schweiz setzte sich der Liberalismus, freilich kommunitaristisch eidgenössisch eingefärbt, gegen die Sonderbundskantone bzw. die «Ultramontanen» früher und nachhaltiger durch als im restlichen Europa.

Dann folgte *zweitens* ab den ausgehenden 1880er Jahren, charakteristisch für das Zeitalter des sekundären Nationalismus, ein konservativ-liberales Konkordanzmodell unter Einbezug des Bürgerkriegsgegners, des politischen Katholizismus. 1891, d. h. im Jahr der erneuten Erfindung der Schweiz von 1291, setzte sich durch den Einzug eines Katholiken in den Bundesrat das Prinzip der Mehrparteienkonkordanz durch. Dieses Konkordanzmodell wurde begünstigt durch die seit 1848 vorgegebene Konkordanz der Sprachregionen in der kollektiven Staatsspitze.

Dieses Modell hielt bis zur klassenantagonistischen Krise ausgangs des Ersten Weltkrieges und musste dann aufgrund der gewachsenen Bedeutung der Arbeiterbewegung, die die 1891er Rückdatierung der Nation auf 1291 nie nachvollzog, revidiert werden. Dieses *dritte* schweizerische Gesellschaftsmodell war nur von kurzer Dauer. Das Bürgerblockregime bestand aus inneren antikommunistischen Sicherheitsdispositiven, basierte auf der Ausgrenzung der organisierten Arbeiterbewegung zu Gunsten der Integration der Bauern in den Bundesrat 1928 (in Gestalt der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, der Vorläuferin der SVP) und hielt bis zur Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre.

In dieser Krise entwickelte sich ab 1935, insbesondere in der Hochphase der geistigen Landesverteidigung 1938/39, wieder ausgesprochen innovativ, *viertens*, das sozialmarktwirtschaftliche Gesellschaftsmodell unter Einbezug der Arbeiterbewegung, zeitgleich mit dem New Deal in den USA und dem sozialmarktwirtschaftlichen

4 Der Erfolg der Neutralität beruhte auch auf dem Faktum, dass sich die Orte nicht auf eine gemeinsame Aussenpolitik einigen konnten. Darüber hinaus fügt sich die Neutralität ideal in das Sonderfallsverständnis ein.

Modell in Schweden und den Mehrparteienkabinetten in Grossbritannien. Dieses sozialmarktwirtschaftliche Gesellschaftsmodell unterschied sich deutlich von den konfliktzementierenden Volksfrontregimes in Spanien und Frankreich, den konfliktunterdrückenden ständestaatlichen Gesellschaftsmodellen in Italien, Österreich und Deutschland, dem verschärften Faschismus, dem Austrofaschismus und dem Nationalsozialismus, den Gesellschaftsmodellen also, die in der klassenantagonistischen Krise ausgangs des Ersten Weltkrieges (italienischer Faschismus ab 1921) und in der Krise der 1930er Jahre entstanden sind und in den Zweiten Weltkrieg führten (Imhof, 1993, 289–356).

Nach diesem Krieg setzte sich das sozialmarktwirtschaftliche Gesellschaftsmodell in allen westlichen Zentralländern durch und hielt bis zur Krise in den 1970er Jahren, während der in der Schweiz wiederum sehr früh, *fünftens*, das neoliberale Wirtschaft- und Gesellschaftsmodell mit seinem ausgeprägten Antietatismus zu reüssieren begann. Immerhin sind die wichtigsten Begründungsjahre dieses Gesellschaftsmodells das Jahr 1975 in Chile mit den daselbst experimentierenden Chicaco-Boys, das Jahr 1979 in England mit der Thatcher-Regierung und das Jahr 1980 mit der Reagan-Administration. Da macht sich der einst stolze Zürcher Wirtschaftsfreisinn nicht schlecht mit seinem antietatistischen «Weniger Staat – mehr Freiheit» ab 1976 (Imhof, 2005, 15–35).

Wenn wir diese Abfolge von Gesellschaftsmodellen überblicken, dann befand sich die Schweiz in den 1840er und 1880er Jahren und in den 1930er und 1970er Jahren an der Spitze oder mit an der Spitze der kulturellen und strukturellen Möblierung des Nationalstaats und sie war zuweilen tatsächlich innovativ. Warum diese Avantgarderolle? Welche Pfadabhängigkeiten haben sie begünstigt? Hierzu vier Erklärungen: Das schweizerische Sonderfallsverständnis schuf *erstens* einen *Konkordanzzwang*, *zweitens* einen *Selbstbestimmungszwang*, *drittens* einen *Bedrohungszwang* und es ist *viertens* geprägt durch einen *Ethnizitätsmangel*, verglichen mit ethnisch bzw. sprachnational geprägten Sonderwegs- oder Sonderfallsdiskursen in anderen Nationen. Alles zusammen mündet in das Konstrukt der *Willensnation* Schweiz.

Erstens: zum Konkordanzzwang. Die Schweiz hatte einen Vorsprung ab der Mitte des 19. Jahrhunderts und eine Konkordanzverpflichtung in ihrem Sonderfalls-Schnittmuster. Umgesetzt wurde diese Position im Rahmen eines Fundamentalkonflikts, der die heterogenen Bewegungsfamilien des Liberalismus einerseits, des katholischen Konservatismus andererseits, zu sprachgrenzentranszendierenden Parteigründungen zwang. In diesen Parteien, wie in den Institutionen des neuen Bundesstaates, musste das tradierte Konkordanzmoment, die «Einheit in der Vielfalt» als *sprachregionale Konkordanz* früh trainiert werden. D. h., die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Kantonen und Sprachräumen musste mit der gleichen parteipolitischen Zugehörigkeit kombiniert werden. Dieses Modell multipler Zugehörigkeit ist von zivilisierender Kraft, weil es sozialstrukturelle und -kulturelle Differenzen in die Akteure hinein verlegt und dadurch die soziale Ordnung von Spannungen entlastet. Damit wurde

im Nukleus ein Integrationsmodell geschaffen, welches auch religiös-segmentäre, stratifikatorische und funktionale Spannungspotentiale aus der sozialen Ordnung abziehen kann, indem diese Spannungen über multiple Zugehörigkeiten individualisiert werden. Genau dies gelang in der einzig anderen erfolgreichen Revolution der 1840er Jahre, in Belgien, mit Folgewirkungen bis in die Gegenwart nicht. Die Repräsentation der Sprachräume und Stände in den wichtigsten Institutionen des Bundesstaats bereitete dagegen in der Schweiz die Strukturen vor, in denen sich ab 1891 mit der Integration des Bürgerkriegsgegners, des politischen Katholizismus, die *politische Konkordanz* entwickeln konnte. Die Konkordanz realisierte sich in der modernen Schweiz zunächst als Sprachgruppen- und Kantonskonkordanz. Sie erweiterte sich dann *gegen* die wachsende Arbeiterbewegung zur politischen Konkordanz, ein Prozess, der sich – wiederum gegen die Arbeiterbewegung – in der klassenantagonistischen Krise ausgangs des Ersten Weltkrieges mit dem zweiten katholisch-konservativen Bundesrat fortsetzte. Im Bürgerblockregime wurde die Konkordanz auch noch durch die Integration des Gewerbes und der Bauern ausgebaut, die sich seit geraumer Zeit durch den Freisinn nicht mehr repräsentiert sahen. In diese Konkordanzstrukturen konnte dann in den 1930er Jahren auf der Ebene der Gemeinden und der Kantone die Integration der Arbeiterbewegung erfolgen, die 1943 auf der Ebene des Bundesrates abgeschlossen wurde.

Der Kern der Sonderfallssemantik, die Konkordanz, beeinflusste somit das Gründungsmodell der Schweizerischen Eidgenossenschaft und schuf darüber hinaus eine Pfadabhängigkeit in Gestalt einer konkordanzdemokratischen politischen Kultur, in der weltanschauliche Ausschliesslichkeitsfixierungen im Gegensatz zur französischen, deutschen, österreichischen, spanischen etc. Parteiengeschichte der Zwischenkriegszeit gebremst wurden (Ernst, 1996). Das ist innovationsfördernd. Ausserdem schuf der «ererbte» Konkordanzzwang politische Strukturen und eine politische Kultur, die sich als ausserordentlich integrationsfähig erwiesen.

Zweitens: Selbstbestimmungszwang. Die politisch-institutionellen Neuerungen aller Gesellschaftsmodelle wurden und werden in der Schweiz immer konservativ, mit Rückgriff auf eine imaginierte und *dauerhaft bedrohte* Eidgenossenschaft der alten Bünde gerechtfertigt: Das erfolgreiche Neue erscheint systematisch im Kleid des Alten und Uralten. Das gilt schon für die Helvetik mit ihren Tellenfiguren, Stangen und Freiheitsbäumen, das gilt für die Eidgenossenschaft von 1847/48, das gilt insbesondere für die Schweiz des sekundären Nationalismus der ausgehenden 1880er und beginnenden 1890er Jahre, in der neben der sprachregionalen auch die politische Konkordanz begründet wurde, das gilt für das repressiv etatistische Bürgerblockmodell der klassenantagonistischen Krise nach dem Ersten Weltkrieg, das gilt für das sozialmarktwirtschaftliche Gesellschaftsmodell der zweiten Hälfte der 1930er Jahre mit seinem ausgeprägten Etatismus, es gilt für die zweite geistige Landesverteidigung zu Beginn der Hochphase des Kalten Krieges während des Koreakriegs. Und es gilt auch für die SVP, d. h. für die Begründung ihres ausgeprägten

Antietatismus, seit diese Partei ab 1983 den Zürcher Wirtschaftsfreisinn ideell übernahm. Freilich ergänzte die «neue» Zürcher SVP den ursprünglich im bäuerlichen Widerstandsmythos und im Föderalismus wurzelnden schweizerischen Antietatismus im Gegensatz zum vorschnellen Zürcher Wirtschaftsfreisinn, der bloss antietatistisch wurde, mit dem Nationalpatriotismus der Geistigen Landesverteidigung. Diese geschichtsschwangere Mixtur wurde zur Rezeptur des SVP-Erfolgs im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert.

An diesem Beispiel lässt sich die Pfadabhängigkeit von etablierten Selbstverständnissen gut zeigen. Sonderfallsdiskurse bestehen immer und überall aus temporalen Differenzsemantiken, die das Neue mit dem Alten verbinden (neben segmentären, stratifikatorischen und funktionalen Differenzsemantiken). Am schweizerischen Beispiel lässt sich das gut belegen: Wer in der Schweiz etwas ändern will, muss das mit dem Mythos des selbstbestimmten, aber beständig bedrohten Gemeinwesens verknüpfen; politisch hatte ein blosses Vorwärts zu neuen «internationalistischen» Ufern, trotz vieler Versuche liberaler, anarchistischer, sozialistischer, faschistischer, nationalsozialistischer, europaidealistischer oder globalisierungseuphorischer Provenienz nie eine Chance. Die imaginierte Geschichte einer Schweiz aus dem Kristallisationskern freiheitsliebender, rebellischer, föderierter bäuerlicher Talschaften, eine Imagination, die in der modernen Schweiz, d. h. in den 1880er und 1890er Jahren ihren Höhepunkt erlebte, schuf eine Pfadabhängigkeit, die die politischen Opportunitätsstrukturen bis in die Gegenwart bestimmt. Das erfolgreiche Neue erscheint nie als neu, sondern als Fortschreibung der Selbstbestimmung, auch wenn es in einer politikwissenschaftlich-komparativen Perspektive tatsächlich neu ist, und deshalb konnte das schweizerische Sonderfallsverständnis für die jeweils wechselnden innenpolitischen Gegner der Innovationen immer mit den Konnotationen des Schwerfälligen, des Hergebrachten versehen werden, und deshalb wird aus der Binnensemantik der schweizerischen Sonderfallsperspektive die institutionelle Innovativität der Schweiz nicht sichtbar. Höhepunkt dieser «Invention of Tradition» war, wie bereits hingewiesen, die 1891 stattfindende Rückverlängerung der Schweiz auf 1291 unter Erfindung des 1. Augusts und damit die bis heute wirkende Ausblendung von 1848. Dies war die Bedingung für die Realisierung der politischen Konkordanz. Mit anderen Worten: Der Konkordanz wurde eine Revolution geopfert. Diese Imagination ermöglichte den Einbezug des Bürgerkriegsgegners in die Republik und verstärkte den Einfluss der ohnehin starken Imagination bedrohter, freiheitsliebender, föderierter Bauernbünde als Ursprung alles Schweizerischen. Solche Imaginationen kann man in ihrer politischen Langzeitwirkung kaum überschätzen: Bereits Marx hat in seinem glänzenden Essay «Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte»⁵ mit Bezug auf Hegel nicht nur darauf hingewiesen, «dass alle grossen weltgeschichtlichen Tatsachen sich sozusagen zweimal ereignen». Nur habe Hegel

5 Mit Bezug auf den Coup d'état des Louis Napoleon, der die Institutionen der Februar-Revolution von 1848 endgültig vernichtete.

vergessen, «das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce» (Marx, [1852] 1981, 111).⁶ Marx hat schon vor Weber auch darauf hingewiesen, dass die Geschichte in Zeiten des Umbruchs zum Bauchladen wird, aus dem sich die Akteure bedienen, um Kontinuität in der Diskontinuität herzustellen. Im Falle des Staatsstreichs des Louis Napoleon 1799 und seines Neffen 1851, meinte er, das eine mal eben als Tragödie, das andere mal als Farce, aber beide Male mit Rückgriff auf die Draperien, Figuren und Zeichen des römischen Imperiums. Während also die Französische Revolution symbolpolitisch auf die römischen Sklavenaufstände zurückgriff, verwendeten die beiden Louis‘ bezeichnenderweise die römische Herrschaftssymbolik. Das Resultat sieht man in Frankreich noch heute. Der Bauchladen, aus dem sich die Träger der Helvetik, des 1848er Umbruchs, des Konkordanzmodells von 1891, des Bürgerblockmodells von 1919, des sozialmarktwirtschaftlichen Gesellschaftsmodells in der geistigen Landesverteidigung der zweiten Hälfte der 1930er Jahre sowie die Träger der rechtskonservativ aufgewärmten geistigen Landesverteidigung im Kalten Krieg bedienten, war alles andere als mit den Kulissen des römischen Imperiums gefüllt. Selbstbestimmte, freiheitsliebende, burgenbrechende Bauernbünde aus Innerschweizer Talschaften und sich für die Gemeinschaft opfernde winkelried’sche Helden eignen sich ausgesprochen schlecht, um irgendwann ein antidemokratisches, autoritäres Gesellschaftsmodell mit diesem Mythos zu verknüpfen. Die eigenartige Bauernmythologie der Schweiz hat zum einen demokratische Vorteile und ist auch ursächlich für die im Vergleich auffallend charismafeindliche politische Kultur der Schweiz. Zum anderen belohnt sie diejenigen Akteure, wie die «neue» SVP, die alte Deutungsbestände neu verbinden, auch wenn sie in sich so widersprüchlich sind, wie die Verbindung des Nationalpatriotismus des starken Staates der Geistigen Landesverteidigung mit einem vehementen Antietatismus, der ursprünglich der Traditionslinie des antiliberalen Föderalismus entstammt. Mit anderen Worten: Die Bauernmythologie ist ein soziales Gegengift für antidemokratische Entwicklungen und einen ausgeprägten Etatismus; die Frontenbünde etwa hatten unüberwindbare Mühe, ihr ständestaatlich-autoritäres Anti-Konkordanzmodell mit dem Mythos in Übereinstimmung zu bringen. Allerdings bedeutet diese Pfadabhängigkeit ebenfalls eine strukturelle Angewiesenheit auf eine Bedrohung von aussen, gegen die sich eine konkordante Selbstbestimmung behaupten kann.

Zum Dritten: Bedrohungszwang. Im Vergleich mit anderen Nationalstaaten fällt bei der Schweiz die ausserordentlich intensive Beachtung internationaler Entwicklungen auf. Die öffentliche politische Kommunikation in der Schweiz war früher noch viel mehr, ist aber auch heute noch ausgeprägt *weltorientiert*. Die Bedeutung der aussenpolitischen Berichterstattung ist nirgends so gross wie in der Schweiz. Der Kleinstaat Schweiz war schon im 19. Jahrhundert intensiver Beobachter der Grossmächte.

6 Marx recurriert damit auf die von ihm beissend beschriebene Historisierung der Gegenwart in Phasen des Umbruchs, an diesem Beispiel in der «Tragödie» des Staatsstreichs Bonapartes am 18. Brumaire (9. November 1799) bzw. seiner «Farce» durch dessen Neffen am 2. Dezember 1851.

Seine Lage zwischen diesen Grossmächten, seine Staatenbundspolitik mit und gegen diese Grossmächte und sein früher Liberalismus liessen sich ausgezeichnet mit dem Sonderfallsverständnis einer *ohnehin dauernd von aussen bedrohten* Eidgenossenschaft in Übereinstimmung bringen. Zum schweizerischen Sonderfallsverständnis gehört daher durchgehend eine Bedrohungswahrnehmung. Dazu kommt, dass diese seismographische Qualität der aussenpolitischen Berichterstattung in drei Sprachen und aus drei Beobachtungsperspektiven erfolgte. Im Binnenraum der nationalen Öffentlichkeit wurden diese Beobachtungsdiskurse über die Parteien, die wechselseitige Beobachtung der Parteizeitungen und über die Eliten in allen drei Spracharenen relevant. Allerdings hat diese «Weltsensitivität» seit dem Aussterben der Parteiorgane deutlich abgenommen. Aber immerhin: Die öffentliche politische Kommunikation in der Schweiz kann im internationalen Vergleich als ausgesprochen «weltläufig» beschrieben werden. Die Resonanz internationaler Leitdiskurse politisch-institutionellen Wandels und die Aufmerksamkeit für Entwicklungen vor allem in Italien, Österreich, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und den USA war und ist bemerkenswert. Ursächlich sind nicht nur die Sonderfallsmythologie mit ihren beständig bedrohten Talschaften und die Rolle und Lage eines Kleinstaates inmitten der Grossmächte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die tatsächlich die Beobachtung dieser Grossmächte als ratsam erscheinen liess, ursächlich sind auch sozioökonomische Merkmale: Bereits die Reisläuferei, später die Bedeutung des europäischen Handels für die Schweiz und schliesslich die Bedeutung des Finanzplatzes machten die Schweiz weltwissensbedürftig. Es ist wahrscheinlich, dass dieses Weltwissen bzw. diese Weltbeobachtung eine zivilisierende Qualität hat; Grossbritannien, der grösste Kolonialstaat, hat auch innenpolitisch davon gezehrt – aussenpolitisch wohl weniger. Immerhin gilt es festzuhalten, dass es in der Schweiz nie eine totalitäre Regression hinter die demokratischen Postulate der Aufklärung gab. In der schweizerischen politischen Berichterstattung über die Welt fällt auf, dass schwere innenpolitische Konflikte in anderen Ländern immer als etwas spezifisch Unschweizerisches, Fremdes beschrieben werden. Fundamentalopposition weltanschaulich oder machtpolitisch oder durch beides begründet, stiess in der Auslandberichterstattung (mit Ausnahme in den Höhepunkten des Kalten Krieges) auf Unverständnis. Und wenn die Schweiz wie in internationalen Konflikten politisch und wirtschaftlich tangiert war, dann wurde immer die Hoffnung geäussert, die Kontrahenten mögen doch noch zur *Vernunft* finden. Diese «Vernunft» ist nicht die «cartesianische» Vernunft der einsamen Introspektion, sie ist in der Schweiz seit der Aufklärung direkt mit der Konkordanz verbunden. Wer vernünftig ist, der streitet wohl auf Biegen, nie aber auf Brechen. Tatsächlich liegen die Bedeutungen der Vernunftidee der Aufklärung und der Vernunftidee der Konkordanz sehr nahe. Konkordanz ist Deliberation. Deliberation ist seit Kant die Voraussetzung von Vernunft. Der «Austritt aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit» (Kant) beruht auf freier öffentlicher Kommunikation und diese, so die Kernüberzeugung der Aufklärungsphilosophie, führt zu Vernunft und Tugend

(Imhof, 1996a, 3–25). Konkordanz wird damit zum Habitus der Aufgeklärten, das Verhandeln von Ideen und Interessen zur *sittlichen Forderung* an die Akteure in Problemlösungsprozessen. Konkordantes Handeln verschafft in der politischen Kultur der Schweiz Status. Umgekehrt wird weltanschauliche Reinheit zum Dogmatismus, zur Zwängerei, zum Unschweizerischen und führt zu Statusverlust.

Zum Vierten: Ethnizitätsmangel. Dieser verdankt sich der Widerstandsmythologie unterschiedlicher Orte, aber auch der «Gnade der gemischten Geburt». Es ist bemerkenswert, dass die primären Quellen totalitären weltanschaulichen Denkens, ethnonationalistisch argumentierende soziale Bewegungen und Protestparteien, in der Schweiz politisch nie eine Chance hatten. Selbst die schweizerischen Frontenbünde der 1930er Jahre mussten sich, verglichen mit den vielen faschistischen und nationalsozialistischen Bewegungen in Deutschland, Österreich, Italien und Frankreich, zurückhalten. Die Mythisierung des Schweizerischen als «Einheit in der Vielfalt» rekuriert auf einen «Gründungsnationalismus der Einheit in der Vielfalt» (und vice versa), der eine ethnisch-sprachnationale Homogenität ausschloss. Der fremdenfeindliche Nationalismus der Schweiz war und ist im Vergleich ausserordentlich bedeutsam, er war aber, von kleinen unbedeutenden Splittergruppen und singulären Akteuren abgesehen, immer «bloss» kulturalistisch orientiert (Kreis, 1992, 175 ff.). Das erschwerte allerdings die politische Diskreditierung der Fremdenfeindlichkeit, die nach dem Zweiten Weltkrieg weltweit einsetzte, weil das «Schweizermachen» ein sittlich-assimilatorischer Vorgang blieb und damit das Bürgerrecht grundsätzlich immer *erwerbbar* war. Diese mangelnde Diskreditierung der Fremdenfeindlichkeit in der Schweiz ist ein wesentlicher Grund, warum politische Akteure mit der Problematisierung des Fremden seit den 1960er Jahren ausserordentliche Erfolge feiern können. Im Sonderfalls- bzw. Nationenvergleich ist das auffallend, weil dieses Phänomen in allen anderen Sonderfällen einen stärker diskontinuierlichen, krisenzentrierteren Charakter hat.

Die ausgeprägte Problematisierung des Fremden führt zur Frage, wie sich der schweizerische Sonderfallsdiskurs, der sich unter der Bedrohungswahrnehmung im Antitotalitarismus der 1930er und in der zweiten geistigen Landesverteidigung in den 1950er Jahren am schärfsten akzentuierte, nach dem Kalten Krieg wandelt. Dies führt zunächst zum Kalten Krieg, in dem sich die politische Schweiz auf der Basis ihres Sonderfallsverständnisses vehement für die Integration Europas und des ganzen Westens einsetzt, ohne sich selbst jemals diesem Westblock und der EWG angliedern zu wollen.

3 Der Sonderfall Schweiz im und nach dem Kalten Krieg

Die 1950er Jahre sind bis zu den Überfremdungs- und Europadebatten der frühen 1960er Jahre durch einen beispielhaften Basiskonsens geprägt. Die für das sozialmarktwirtschaftliche Zeitalter konstitutiven Leitideen Sozialpartnerschaft, Chancengleichheit, sozialstaatlich und keynesianisch abgesicherte Wachstums- und Fortschrittsorientierung *und* ein veritabler Antikommunismus verschmolzen zu einem hochlegitimen und wachstumsstarken Gesellschaftsmodell. Bezüglich der sozialmarktwirtschaftlichen Leitvorstellungen dieses Basiskonsenses unterschied sich die Schweiz höchstens graduell von anderen westlichen Staaten. Trotzdem hat sie ihr ausgeprägtes Sonderfallsverständnis nie aufgegeben. Diese Sonderfallsideologie hat die Innen- und die Aussenpolitik der Schweiz ebenso geprägt wie der Antikommunismus der 1950er Jahre. Beides verband sich auf die eigentümliche Weise, dass die öffentliche Meinung der politischen Publizistik wie die offizielle Aussenpolitik die möglichst weitgehende Integration des «Westens» – zur Abwehr des «Ostens» – mit geradezu eifernder Entschiedenheit begrüßten, gleichzeitig jedoch am *eigenständigen* Sonderfall festhielten (Imhof, 1996b, 19–84; Imhof, 1996c, 173–248). Beides, der Zusammenschluss des Westens wie die Eigenständigkeit der Schweiz, wurde zum Garanten der Freiheit und beides führte direkt in eine politische Schizophrenie. Sie äusserte sich in der politischen Publizistik der 1950er und 60er Jahre darin, dass jeder Rückschlag im deutsch-französischen Verhältnis, jede Friktion zwischen den europäischen Ländern und jede nationalistische Regung als unzeitgemässe Schwächungen des westlichen Bündnisses geißelt wurden, ohne dass gleichzeitig reflektiert worden wäre, dass die Schweiz gegenüber der europäischen Einigung eine stets aussenstehende Position einnahm. Der Sonderfall Schweiz jenseits der europäischen Integrationsbestrebungen erreichte in den 1950er Jahren eine Selbstverständlichkeit, die seine Problematisierung trotz der tief im Ost-West-Dualismus verwurzelten proeuropäischen und prowestlichen Haltung aller staatstragenden Kräfte bis gegen Ende des Jahrzehnts ausschloss. Erst mit der EWG und der EFTA, also erst mit dem Europa der «zwei Geschwindigkeiten» ab 1957/58, wird dieser Widerspruch das erste Mal deutlich und er lässt die Schweiz bis in die Gegenwart nicht mehr los.

Die Schweiz war prädisponiert für diese Rolle als «Sonderfall» im Westblock des Kalten Krieges. Sie war es deshalb, weil die wichtigsten politischen Akteure diese Nation zwischen 1933 und 1939 im Lichte der Entwicklung ihrer Nachbarländer und der Sonderfallsmythologie neu entwarfen, dadurch ihre Eigenart wieder entdeckten und ihre eigene Rolle und ihre Beziehungen in ihr neu definierten. In der Ära der «geistigen Landesverteidigung» 1938/39 fand dieser Prozess seinen ersten Höhepunkt: Die Schweiz als «Willens- und Schicksalsgemeinschaft» trotzte im Zweiten Weltkrieg der «Arglist der Zeit»; sie erfuhr diese Arglist jedoch gerade dann, als die Bedrohung einer neuen Friedensperspektive wich. Ohne die Bedrohung wurde die

Schweiz auf sich selbst zurückgeworfen, bis sie im Kalten Krieg nicht nur wieder wusste, wer sie war, sondern auch wohin sie gehörte – obwohl sie sich weiterhin als Sonderfall verstand. Die Bedrohung wurde zur Bedingung ihrer Existenz und ihrer Konkordanz. Nach der Zeitenwende von 1989/90 wird es deshalb schwierig (Kohler, 1998). Das lässt sich in drei Schritten begründen: 3.1 Zum Sonderfallsverständnis der geistigen Landesverteidigung; 3.2 Das Sonderfallsverständnis im Kalten Krieg und; 3.3 Die Friktionen im schweizerischen Sonderfallsverständnis nach dem Kalten Krieg.

3.1 Zum Sonderfallsverständnis der geistigen Landesverteidigung 1938/39

Die schweizerische Historiographie hat zur Interpretation der geistigen Landesverteidigung der ausgehenden 1930er Jahre und der Kriegsjahre zwei wirkmächtige Interpretationsmuster hervorgebracht. Zum einen bemisst eine personalistisch argumentierende, heroisierende Geschichtsschreibung die geistige Landesverteidigung an ihrer Funktion für den «Widerstand» und feiert diese Ära als Manifestation einer vom Unabhängigkeitswillen erfüllten Eidgenossenschaft, die im Rütli-rapport General Guisans 1940 ihren reinsten Ausdruck gefunden haben soll. Zum anderen entdeckt die «revisionistische» Geschichtswissenschaft seit den frühen 1970er Jahren dieselbe Periode aus einer Perspektive, die eine herrschaftsstabilisierte «Heimat-Schweiz» mit einer gezähmten Sozialdemokratie hervortreten lässt, die ihre revolutionären Ansprüche für die Silberlinge der Integration in ein Staatswesen hergegeben haben soll; ein Staatswesen, das sich der flexiblen «Anpassung» an die Bedürfnisse der Achsenmächte befleissigt habe (Kreis, 1991, 378–396). In ihrer «reinsten» Form stehen sich diese Interpretationen diametral gegenüber: *Erstens* die Hardcore-Version, die in den 1950er und 60er Jahren fast hegemonial war und bis in die Gegenwart von der SVP und weiteren rechtsbürgerlichen Kreisen aufrechterhalten wird: Die Eidgenossenschaft trotzte dem Krieg dank ihres «eidgenössischen» Widerstandswillens, dem General, dem Alpenréduit und der göttlichen Fügung (Arbeitskreis gelebte Geschichte, 2005; Stamm, 2004/2005). *Zweitens* die revisionistische Version, die ihre Wurzeln in der 68er-Bewegung hat, also gleichsam die schweizerische Version der deutschen Vergangenheitsbewältigung darstellt. Sie erhielt allerdings erst in den 1990er Jahren im Rahmen der Holocaust- und Apartheidgolddebatte ausserordentliche Resonanz. Diese Version lautet: Die Schweiz der plombierten Züge der Achsenmächte entging dem Krieg als geschützte Waffenproduzentin für diese Achsenmächte, Devisen verschaffender Goldhandelsplatz und aufgrund des Opportunismus ihrer latent antisemitischen Eliten. Beide Interpretationen sind nicht gänzlich falsch – während die Hardcore-Version mit der Heroisierung des Widerstandes durchaus das Konkordanzpathos der «Landi-Ära» und die Verteidigungsbereitschaft in der Armee spiegelt, können Quellenbelege aus dem Graubereich praktizierter Staatsraison und von Wirtschaftsakteuren die Anpassungsthese begründen (insbesondere in der Wirtschafts- und Flüchtlingspolitik: vgl. die Arbeiten der Unabhängigen

Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg und dabei: Imhof; Ettinger; Boller, 2001). Falsch sind beide Versionen jedoch da, wo sie übereinstimmen. Der verklärende Rückblick der Hardcore-Version auf eine «Willens- und Schicksalsgemeinschaft», in der sich die Eidgenossen als «einig Volk von Brüdern» der «Arglist der Zeit» stellen und im «Widerstand» standhalten (Quellenbelege in: Bonjour, 1978, 114 ff.; Kreis, 2004b; Im Hof, 1991, 246 ff.), und die revisionistische Sichtweise, die sich mit Akribie den braunen Spuren in der Emotionalisierung der Nation und ihrer flexiblen «Anpassung» an die Achsenmächte widmet, konvergieren in einem Geschichtsbild, das die geistige Landesverteidigung einer konservativen Schweiz zuordnet (Heiniger, 1989; Rings, 1985; Tanner, 1986, 276 ff.).⁷

Dieses Geschichtsbild ist falsch, weil es den krisentypischen Rückgriff auf die Sonderfallsmythologie mit Konservatismus *verwechselt*. Die Jahre 1938 und 1939 bilden den Höhepunkt eines Annäherungsprozesses, der 1935 einsetzt und der die Schweiz irreversibel verändert. In ihm stirbt das Bürgerblockmodell und es findet eine spannungsreiche Neuverteilung der politischen Macht statt, in ihm werden die Grundlagen für die sozialmarktwirtschaftliche Entwicklung gelegt und in ihm konstituiert sich ein neues schweizerisches Selbstverständnis.⁸ In der leitmedialen politischen Publizistik haben wir es mit der Durchsetzung einer antitotalitären Gemeinschaftssemantik zu tun, die ihren Ursprung in linksliberalen, jungbäuerlichen, gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Kreisen hat, den klassenantagonistischen Volksbegriff auf Seiten der Sozialdemokratie ablöst, stratifikatorische Differenzsemantiken also fundamental ändert, und das autoritäre Konzept einer ständischen «Volksgemeinschaft» frontistischer Provenienz erfolgreich verdrängt. Dass dieser Begriff der «Volksgemeinschaft» sich der Sinnstiftung aus einer historisierend verklärten, vielfältigen und viersprachigen, konkordanten und *bäuerlichen* Eidgenossenschaft bedient, spricht nicht gegen seinen demokratischen Gehalt – Mythen sind nicht per se totalitär –, dafür aber für ein Konstrukt der Schweiz, in dem sich ihre Eigenart als demokratisches Staatswesen in Absetzung von nationalsozialistischen und (austro-)faschistischen Ideologien konturiert. Gerade die Nichtexistenz der charakteristischen Merkmale der bereits zuvor massenwirksam gewordenen totalitären Gemeinschaftsideologien in Italien, Österreich, Deutschland und auch in Frankreich nach dem Volksfrontregime und dann insbesondere im Vichyregime – Führerkult, autoritärer Ständestaat, geschichtsphilosophische

7 Die Diskussionen über Anpassung und Widerstand führten zu einem Disput über die Frage, ob die Schweiz im Zweiten Weltkrieg tatsächlich «bedroht» gewesen sei. Erkenntnisfördernd war diese Debatte nie, weil nicht die Bedrohung an sich, d. h. die Generalstabspläne der deutschen Wehrmacht oder die «Unberechenbarkeit» Hitlers für die innenpolitische Entwicklung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg von Belang ist, sondern die Bedrohungswahrnehmung.

8 Dessen Charakter gerade nicht erfasst wird, wenn die geistige Landesverteidigung als blosse Revitalisierung bodenständiger Traditionen oder als autoritäre Umsetzung der bundesrätlichen Kulturbotschaft von 1938 oder gar als bürgerliche Teilkonzession an einen nationalsozialistischen «Zeitgeist» missverstanden wird. Vgl. zu dieser revisionistischen These exemplarisch: Moeckli, 1973; Jost, 1986, 792ff, 803 ff.; Jost, 1992, 133 ff.

Orientierung und in Österreich, Deutschland und Frankreich ein antisemitischer Rassenbiologismus – kennzeichnen die schweizerische Nationalmythologie der geistigen Landesverteidigung als antitotalitäre Konstruktion, die sich mit dem Pathos von «invented traditions» (Hobsbawm) anreicherte (Marchal, 1993). Dass diese Gemeinschaftsideologie der geistigen Landesverteidigung in der Tendenz von links und nicht von rechts kommt, zeigt sich nicht zuletzt darin, dass der politische Katholizismus, der sich bis 1935 am stärksten auf die frontistische Erneuerung der Schweiz einlässt, erst als letzte der politischen Kräfte auf die geistige Landesverteidigung einschwenkt (Imhof, 1993, 289–356). Sowohl die sozialdemokratische «Richtlinienbewegung» wie ihre freisinnige Antwort, die «Sammlung zur Mitte», prägen eine *Emotionalisierung der Nation* auf der Basis einer 1935 einsetzenden, im Wortsinn sozialdemokratischen und antifaschistischen Demokratieverteidigung vor dem Hintergrund der totalitären Entwicklung im Deutschen Reich und Österreich sowie der Revision der Friedensverträge von Versailles. In der politischen Publizistik funktioniert dieses Konstrukt einer «Volksgemeinschaft» nicht als Korsett eines Status quo, sondern umgekehrt als Basiskonsens, der die Voraussetzung eines politischen Bargainings bildet. Die realpolitische Umsetzung dieses Basiskonsenses führt zu nichts weniger als zur Integration der Sozialdemokratie, zum Abbau der verheerenden Deflationspolitik der 1930er Jahre und zu einem sozial- und wirtschaftspolitischen Minimalkonsens, auf den das kriegswirtschaftliche Notrechtsregime des starken Staates aufbauen wird. Entsprechend wurzeln der schweizerische Sozialstaat und sein kräftig erneuertes Sonderfallsverständnis in der Vorkriegszeit und nicht in der Nachkriegszeit (Siegenthaler, 1994).

Indem in der Ära der «geistigen Landesverteidigung» in massenkommunikativen Prozessen jenes Selbstverständnis revitalisiert und verankert wird, das die Schweiz als demokratische, vielsprachige, föderalistische, konkordante und vor allem *eigenartige* Eidgenossenschaft von ihrer bedrohenden Umwelt abhebt, wird die in diesem Prozess zur patriotischen Gemeinschaft gewordene schweizerische Gesellschaft allerdings von den Massstäben ihrer erneuerten Selbstdefinition abhängig. Bereits mit der sich abzeichnenden Niederlage der Achsenmächte mit den verlorenen Schlachten von El Alamein bis Stalingrad beginnt die Schweiz ab Ende 1942 mit dem Faschismus und dem Nationalsozialismus das zu «verlieren», woran sie sich am Ende der Zwischenkriegszeit als Sonderfall wieder neu entdeckte und sie wird auf den wirtschafts- und sozialpolitischen Minimalkonsens zurückgeworfen, der unter dem Druck der nun eben Geschichte werdenden Bedrohung in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre entstanden ist.

Dieser Minimalkonsens wie die Bedrohung erweisen sich nach den drei ersten Kriegsjahren als zu wenig tragfähig: Die politische Schweiz stürzt sich bereits ab 1942 in eine Nachkriegsdiskussion, die sie bis an die Grenzen der erweiterten Konkordanzdemokratie führt. Die Sozialdemokratie entwirft eine sozialistische «Neue Schweiz» (1943) und hofft, genauso wie die äusserst erfolgreiche linkssozialistische

Sammlungsbewegung, die Partei der Arbeit (PdA), auf ihre Verwirklichung nach diesem «kapitalistischen Krieg». Der staatspolitisch isolierte, katholische Konservatismus greift orientierungssuchend auf die «berufsständische Ordnung» zurück und verschreibt sich einer betont antiindividualistischen Familienschutzpolitik, und der Freisinn begibt sich höchst zukunftsunsicher auf eine sozialpolitische Linie, die dem Staat sozial- und konjunkturpolitische Handlungspotentiale zubilligt, die er nie erhalten wird. Von der totalitären Bedrohung verlassen, seitens der siegreichen Alliierten massivst diskreditiert, ringen die politisch wichtigsten Kräfte der Schweiz um Orientierung. Die Sozialdemokratie betreibt in der Nachkriegs-«Säuberung» gegen die berühmten «200 Vaterlandsverräter» (eigentlich 173) einen Antifaschismus ohne Faschismus; der Freisinn setzt auf den entwerteten «Verständigungswillen» der «geistigen Landesverteidigung» und partizipiert an der Säuberungskampagne der SPS; und die Katholisch-Konservativen erklären ihrem «Block des katholischen Volkes», dass er sich angesichts des Siegeszugs des «Bolschewismus» mit dem «Untergang des Abendlandes» und einer akuten «Revolutionsgefahr» auseinanderzusetzen hätte (Quellenbelege in Imhof, 1996b, 19–84; Waeger, 1971; Altermatt, 1988). In einem ebenso grellen Antifaschismus wie Antibolschewismus erstickt die spannungs- und sozialpolitisch innovationsreiche Nachkriegsdiskussion im Krieg ausgerechnet nach dem Krieg.

3.2 Revision des Sonderfalls im Kalten Krieg

Beide Deutungsmuster, sowohl der Antifaschismus der Sozialdemokratie und der PdA wie der Antibolschewismus der katholischen Volkspartei, transportieren die Bedrohung der Vorkriegsschweiz in den 1946 beginnenden Kalten Krieg. Die bürgerliche Schweiz «lernt» nun ausserordentlich rasch die These vom doppelten Totalitarismus (Nationalsozialismus und Bolschewismus) und gibt der Bedrohung einen anderen Namen, und die sozialdemokratische Schweiz entdeckt den neuen Todfeind der Freiheit und des Sozialismus vorerst in den USA. Gefangen in den Erwartungsstrukturen der 1930er Jahre, bestätigt durch einen unterschiedlichen, jedoch in Analogie zum nationalsozialistischen «Dritten Reich» interpretierten, neuen inneren und äusseren Feind – auf bürgerlicher Seite radikalisiert durch die seit München 1938 so augenscheinlich als falsch erkannte Appeasementpolitik – zitieren sich die drei wichtigsten politischen Parteien der Schweiz selbst. In der leitmedialen politischen Publizistik lebt die zweite Hälfte der 1940er Jahre von den Analogien zur zweiten Hälfte der 1930er Jahre. Die Interpretationen des Bürgerkriegs in Griechenland, des britisch-iranischen Konflikts, der «Fulton-Rede» Churchills 1946, der «Truman-Doktrin» und des «Marshall-Plans» 1947, der «Kirchenverfolgung im Osten», des «Umsturzes in der Tschechoslowakei» und der «Berlinkrise» 1948, der Begründung des «atlantischen Bündnisses», der «Niederlage Tschiang Kai-Scheks» 1949 und der «Koreakrise» 1950 zehren von einer Deutung, welche die historische Entwicklung der 1930er Jahre vom spanischen Bürgerkrieg (ab 1936) über den

Anschluss Österreichs, der Annexion der Tschechoslowakei (1938) bis zum Angriff auf Polen (1939) zum Massstab nimmt.

Indem der Abschluss der Zwischenkriegszeit den politischen Erwartungshorizont der Nachkriegszeit bestimmt, erlebt die geistige Landesverteidigung – zunächst bei den bürgerlichen Parteien – ihre Renaissance. Denn die Sozialdemokratie ist erst ab dem Koreakrieg 1950 wieder da, wo sie 1938 und 1939 war. So lange braucht es, bis sie von einer betont antifaschistischen und prosowjetischen Position (1945 bis Mitte 1947) über ein neutralistisches «Weder-Noch» (1947 bis 1949) zu einem nun gesellschaftsumgreifenden Antikommunismus findet, in dessen Perspektive der «Ostblock» und seine «Fünften Kolonnen» in den Horizont eines Denkens gerückt werden, welches in der geistigen Landesverteidigung der 1930er Jahre wurzelt. Wieder steht – nun mit der PdA anstatt der Fronten – der Feind in den eigenen Reihen, während sich die Eidgenossenschaft rüstet, um sich erneut eines «Totalitarismus» zu erwehren. Dadurch nimmt die politische Schweiz nach der Überwindung der Kriegs- und vor allem der Nachkriegsisolation während der Zeit der Kritik durch die Alliierten ihr Sonderfallverständnis und ihre Konkordanz wieder auf: Der Konsens von 1939 wird zum Konsens von 1950. In der Wahrnehmung der Zeit entspricht die Bedrohungslage im Koreakrieg derjenigen vor dem Zweiten Weltkrieg.

Erst in ihrer Repetition wird die geistige Landesverteidigung konservativ eingefärbt. Erst im Zeichen des Antikommunismus verliert der Sonderfall seine sozialdemokratisch-linksliberalen Konnotationen («Stuckismus»), die er gegenüber der «faschistischen Gefahr» noch hatte (Morandi, 1995; Mäusli, 1994). Die Geschichte wiederholt sich also mit veränderten politischen Vorzeichen. Während die Integration der Arbeiterbewegung im Zeichen der nationalsozialistischen Gefahr zur Stärkung des Bundesstaates, zur fundamental erweiterten Konkordanzdemokratie und mit der Unterstützung der kriegswirtschaftlichen Massnahmen zur sozialen Marktwirtschaft führte, steht die Re-Integration der Eidgenossenschaft in der Abwehr der bolschewistischen Gefahr innenpolitisch im Zeichen des Antietatismus. Der Staat ist per se eine sozialistische Gefahr. Freiheit und Föderalismus sowie Freiheit und Wirtschaftsliberalismus stehen gegen Sozialismus, Zentralstaat und Planwirtschaft. Dass der bürgerliche Kampf gegen die «kalte Sozialisierung» und den schleichenden «Staatssozialismus» trotzdem erfolglos bleibt, begründet sich durch den Kalten Krieg und die Konversion der Sozialdemokratie. Indem in Gestalt der Totalitarismusthese nicht nur der Kommunismus mit dem Nationalsozialismus gleichsetzt wird, sondern auch die Bedrohung zu Beginn der 1950er Jahre mit derjenigen Ende der 1930er, kann die Sozialdemokratie erfolgreich auf die Widersprüche einer bürgerlichen Politik aufmerksam machen, die auf der historischen Folie der geistigen Landesverteidigung der 1930er Jahre nun die Emotionalisierung der Nation mit einem wirtschafts- und staatspolitischen Antietatismus und Neoföderalismus zu verbinden trachtet. Die Elimination der direkten Bundessteuer bzw. die sozialpolitische Schwächung des Bundes zugunsten der Steuerhoheit der Kantone, dieses zentrale bürgerliche Ziel zu

Beginn der 1950er Jahre, sind mit der Repetition der geistigen Landesverteidigung unverträglich. Die Abwehr nach Aussen gegen die beständig erwarteten sowjetischen Panzerspitzen am Rhein und die Wachsamkeit im Innern (Aufbau des Fichenwezens) erfordern den starken Staat, und eine neue wehrhafte «Volksgemeinschaft» ist mit dem Abbau der sozial- und wirtschaftspolitischen Errungenschaften nicht zu vereinbaren.⁹ Dieser Rückbezug auf die geistige Landesverteidigung hat nun auch zur Folge, dass trotz der völlig veränderten aussenpolitischen Situation die Unabhängigkeit und die Eigenartigkeit (Föderalismus, Konkordanz, direkte Demokratie, Wehrhaftigkeit, Neutralität) letzte und damit wichtigste Garanten der Freiheit bleiben, obwohl sich die offizielle wie die «öffentliche» Schweiz für eine umfassende europäische Integration aussprechen.

Auch der in seiner Intensität nur mit der Situation im Nachkriegsdeutschland und mit dem McCarthyismus in den USA vergleichbare Antikommunismus erklärt sich durch die Bedingungskonstellation der schweizerischen Krisenlösung in den 1930er Jahren. Die im letzten Jahrzehnt der Zwischenkriegszeit mühsam neu erlernte und in der geistigen Landesverteidigung dann wiederentdeckte «Einheit-in-der-Vielfalt-Schweiz» genügt sich nach dem Verlust ihrer Bedrohung nicht mehr. Die Bedrohung ist Bedingung ihrer Existenz. Mit der sich abzeichnenden Niederlage ihrer Bedroher müssen die wichtigsten Parteien der Schweiz sofort wieder eine neue Bedrohung haben; mit dem Frieden treten entsprechend ein neuer innerer (PdA) und äusserer Feind (Sowjetunion) an die Stelle des alten, als ob es diese Nation sonst nicht gäbe. Der Aussenpolitik der Nachkriegszeit bleibt dadurch nur die Quadratur des Zirkels: Integration im Westen *und* Aufrechterhaltung der Sonderfallselbstbestimmung. Wirtschaftspolitisch begründete Isolationsbefürchtungen werden dieses Verhältnis ab Beginn der Konkretisierung der europäischen Einigung Ende der 1950er Jahre erheblich belasten. Der Sonderfall Schweiz entdeckt sich selbst immer wieder zwischen einer äusseren und einer inneren Bedrohung.

3.3 Die Friktionen der Schweiz nach dem Kalten Krieg

Dieses Verständnis eines Sonderfalls im Westen gegen das Böse im Osten wird in den späten 1960er und 70er Jahren insbesondere durch die 68er-Bewegung auf eine harte Probe gestellt (Imhof, 1999, 35–54). Im Licht der Positionen der «Neuen Linken» findet sich die Schweiz nicht nur konfrontiert mit einer revisionistischen Sonderfallsdestruktion bezüglich ihrer Rolle im Zweiten Weltkrieg, sondern sie verliert auch ihren Bedrohungsstatus im Ost-West-Konflikt zugunsten einer Täterrolle im Nord-Süd-Konflikt. Grundsätzlich können jedoch in den 1970er Jahren die politisch-ethische Hegemonie des Sonderfallsverständnisses einer föderalen und konkordanten Schweiz nicht wirklich tangiert werden, zumal die «Nationale Aktion

⁹ Nach Jahren der politischen Paralyisierung von Bundesrat, Parlament und Parteien in der Frage der Finanzierung des Bundes bleibt alles beim alten, mit dem Unterschied allerdings, dass die kriegswirtschaftlichen Provisorien nun sakrosankt werden, z. B. die Wehrsteuer.

für Volk und Heimat» und die «Schwarzenbach-Republikaner» mit der Problematisierung des Fremden eine neue Bedrohung gefunden haben. Die Entspannung im Ost-West-Konflikt (auf der Basis der Ostverträge und der Rüstungsbegrenzungsverhandlungen) reicht aber aus, um den ursprünglich bäuerlich-burgenbrecherischen, dann föderalen Antietatismus im bürgerlichen Lager wieder aufleben zu lassen. Dies gelingt politisch umso leichter, weil dieser bürgerliche Antietatismus direkt am «internationalistischen» Antietatismus der «Neuen Linken» anschliessen kann. Diese beiden divergenten «Antietatismen» entstehen bzw. revitalisieren sich in den 1970er Jahren, kommen jedoch politisch erst *nach* den 1980er Jahren, der Zeit der kräftigen Renaissance des Kalten Krieges während der Reagan-Administration und der Nachrüstungsdebatte, zur Geltung. Der Erfolg des bürgerlichen Antietatismus und die entsprechend frühe Resonanz dieses Kernelements des neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells in der Schweiz beruht auf seiner Kompatibilität mit dem «burgenbrecherischen» antiobrigkeitlichen Moment im Sonderfallsverständnis der Schweiz. Dieser Antietatismus kennzeichnete schon das 19. Jahrhundert und trug zum Niedergang der Helvetischen Republik bei. Im neuen Bundesstaat ab 1848 wird der Antietatismus Ausdruck der Selbstbestimmung der Sprachregionen und der Kantone, um dann im Kulturkampf sakrosankt zu werden. Für den strikt föderalistisch orientierten politischen Katholizismus war der Staat des Teufels, weil er freisinnigen «Vögten» Macht über die katholischen Stammlande geben würde. Der starke Staat konnte sich nur in der Verteidigungspolitik stabil durchsetzen. Im Bürgerblockmodell der Zwischenkriegszeit wird der Staat gegen innen stark, im sozialmarktwirtschaftlichen Modell der späten 1930er Jahre verdankte er seine Stärke der Bedrohung von aussen. Antietatismus und Bedrohung sind die balancierenden Geschwister, die die Modi des schweizerischen Sonderfallsverständnisses bestimmen. Der Etatismus ist in der Schweiz also auf eine Bedrohungswahrnehmung angewiesen. Lässt sich diese nicht mehr rechtfertigen, gewinnt der Antietatismus Raum. Dank der Renaissance des Kalten Krieges unter der Reagan-Administration kann in den 1980er Jahren und selbst zu Beginn der 1990er Jahre der antitotalitäre Sonderfall Schweiz nochmals gründlich zur Geltung kommen. Ablesen lässt sich das an vielen Dingen: Zuerst an der ungebrochenen Landesverteidigungsdoktrin mit der – ausser derjenigen in Israel – grössten Armee überhaupt, die sich im Kontext des NATO-Doppelbeschlusses nochmals von selbst rechtfertigt. Klar wird das aber auch am Beispiel der schweizerischen Südafrika-Politik, die selbst im Vergleich mit derjenigen der USA jeglicher politischer Weisheit entbehrt und das Apartheidregime mit einer antikommunistischen Argumentationsgrundlage gegen die Politik der UNO selbst dann noch unterstützt, als der gesamte Westen Südafrika bereits boykottiert. So lehnt die Schweiz 1986 den UNO-Beitritt unter Führung der SVP und der entstehenden AUNS exakt mit dem Verweis auf die Südafrika-Politik der UNO ab (Kreis, 2005). Ablesen lässt es sich weiter an den Feiern zum Andenken an die Kriegsmobilmachung («Diamantfeiern») ausgerechnet im Jahr 1989, an

der 700-Jahr-Feier der Schweiz 1991, an der EWR-Abstimmung 1992 und dem verteidigungspolitisch absurden F-18-Kaufentscheid von 1994. Der Sonderfall im Westen hält seine Verteidigungsdoktrin gegen den Osten auch nach 1989/90 noch aufrecht – die Schweiz kommt ohne Bedrohung nicht aus. Mehr noch: Sukzessive kann sich in der politischen Kommunikation ein Interpretationsmuster behaupten und an der Urne durchsetzen, in dem Europa an die Stelle der verlorenen Bedrohung rückt. Kein Wunder feiert die Schweiz 1991 «1291» und 1998 ausgeprägt «1648» statt nur «1848».

Die Schweiz verpasst in der ersten Hälfte der 1990er Jahre eine Neuorientierung, weil ihr konkordanzorientiertes Sonderfallsverständnis auf eine Bedrohung angewiesen ist. Die «langen Beine» des schweizerischen Sonderfallsverständnisses verhindern jetzt das, was die moderne Schweiz während entscheidenden Phasen ihrer Geschichte vorzunehmen vermochte: eine einigermaßen rationale Bestandesaufnahme der politischen Realität in der Welt, nun eben jenseits des Ost-West-Dualismus. Die alte, auf dem Beobachtungszwang beruhende «Weltweisheit» der Schweiz versagt gründlich. In der politischen Debatte werden die fundamentalen Veränderungen in der Welt nur oberflächlich wahrgenommen, in den bürgerlichen Parteien und Medien lebt ein Antikommunismus ohne Kommunismus fort und gleichzeitig etabliert sich unter der Führung der SVP und der AUNS eine neue Ersatzbedrohung in der Gestalt Europas. Auf der linken Seite feiert in der Fichen- und Geheimarmeedebatte ausgerechnet während der ersten Hochphase des antietatistisch-bürgerlichen Steuer- und Standortwettbewerbs der «internationalistische» Antietatismus der 1970er Jahre Renaissance. Dieses Orientierungschaos musste früher oder später eine neue Sonderfallsdebatte auslösen. Als politisch fatal für die Qualität dieser Reorientierungsdebatte erwiesen sich zwei miteinander verbundene Prozesse: Erstens war weder die antietatistische bürgerliche Mitte noch die antietatistische Linke in der Lage, die von der SVP und der AUNS längst begonnene Sonderfallsdebatte politisch zu beantworten. Deshalb wurde der politischen Schweiz zweitens diese Sonderfallsdebatte in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre *von aussen* aufgedrängt. Das Resultat der Holocaust-Debatte bzw. der «Schatten des Zweiten Weltkrieges» und der nachfolgenden «Apartheid-Gold-Debatte» ist hinsichtlich der kreativen Entwicklung des schweizerischen Sonderfallsverständnisses mehr als dürftig, es hat die Schweiz polarisiert und sie ist folgenlos festgefahren. Auf der einen Seite steht das auf Bedrohung strikt angewiesene Hardcore-Modell der geistigen Landesverteidigung und des Kalten Krieges, das ungeachtet aller sicherheitspolitischer Veränderungen immer noch nach einer starken, stehenden Milizarmee mit Panzerbrigaden zur Territorialverteidigung verlangt und jede Armereform als Verrat an der Schweiz darstellt. Auf der anderen Seite setzt sich die Dekonstruktion des Sonderfalls aus den frühen 1970er Jahren, inzwischen durch eine ganze Generation von Historikern aufmunitioniert, durch. Diese Dekonstruktion lebt ausschliesslich von der Negation des Hardcore-Modells und besitzt politisch keinerlei Orientierungskraft. Mit

anderen Worten: Nach dem Zerfall des Ost-West-Dualismus traten in der Schweiz der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zwei alte Sonderfallsdiskurse aus der zweiten geistigen Landesverteidigung zum einen bzw. aus den 1970er Jahren zum anderen gegeneinander an. Mit verursacht und zusätzlich verschärft wurde diese Situation in der Schweiz dadurch, dass ausser der SVP keine wesentliche politische Kraft am Sonderfallsverständnis arbeitete. Die anderen bürgerlichen Parteien verschrieben sich dem Steuer- und Standortwettbewerb und der neuen Deregulationsdogmatik und agierten als antietatistische, anpassungsfreudige Globalisierungsturbos ohne Rekurs auf gegebene, kulturelle und strukturelle Standortvorteile. Und für die staatstragendste Partei des sozialmarktwirtschaftlichen Gesellschaftsmodells, die Sozialdemokratie, war in ihrer «internationalistischen» Antietatismus-, Multikulti-, Gender- und Umwelt-Ära alles Nationale und Patriotische des Teufels.

3.4 Morgen oder Übermorgen: Die neue Sonderfallsdebatte

Reflektiert man nun die Bedeutung und die «langen sozialen Beine» von Sonderfallsverständnissen, dann ist das eine vertrackte Lage. Sonderfallsverständnisse geben Entwicklungslinien vor, schaffen also Erwartungssicherheit und Orientierung, sie mobilisieren politische Energie für institutionellen und sozialen Wandel, sie sind die Grundlage des nationalstaatlichen Ordnungsmodells und der demokratischen Selbstbestimmung, sie sind Element einer Integrationspolitik und der Sozialisation von Generationen und sie garantieren Orientierung und Erwartungssicherheit, die wichtigste Essenz ökonomischen Wachstums.

Wie könnte sich eine neue Sonderfallsdebatte entwickeln? Um diese Frage zu beantworten, lassen sich abschliessend die vier Voraussetzungen der vergangenen Gesellschaftsmodelle mit ihren Sonderfallsverständnissen in Anschlag bringen:

Erstens war die Rede von den Geburts Umständen der modernen Schweiz. Die Verwandlung des Staatenbundes in einen durch den Kulturkampf nochmals massiv *föderalisierten* Bundesstaat schuf in der Schweiz sprachgrenzentranszendierende politische Institutionen, in die sich ab 1891 auch die politische *Konkordanz* einnisten konnte. Der entstandene Liberalismus kommunitaristisch-eidgenössischer Prägung entwarf sich ideell als Fortsetzung einer beständig bedrohten *Bauerndemokratie*.

Zweitens: Föderalismus bzw. Antietatismus, Bedrohung, Konkordanz und imaginierte bäuerlich-demokratische *Selbstbestimmungsideale* sind die Geburtsmerkmale des schweizerischen Sonderfallsverständnisses. Jede Revision musste sich daran orientieren, mehr noch: Aus dieser Konstellation heraus musste jede institutionelle Neuerung in der politischen Kommunikation an imaginiertes Altes geknüpft werden.

Drittens: Diese Bedrohungskonstellation war ebenfalls ausschlaggebend für die ausgeprägte Weltorientierung der öffentlichen politischen Kommunikation in der

Schweiz und die Ausbildung einer entsprechenden Sensitivität für das politisch Mögliche.

Schliesslich war *viertens* die gemischte Geburt wie der Mythos wirkungsreich hinsichtlich eines *kulturellen*, nicht eines ethnisch-sprachnationalen Nationalismus. Entsprechend konnte die Problematisierung des Fremden nur kulturalistisch vorgenommen werden. Das allerdings verhinderte die Diskreditierung der Fremdenfeindlichkeit in der Schweiz.

Wenn diese Voraussetzungen auf die Gegenwart bezogen werden, dann kommen wir zu folgendem Resultat:

Wie steht es mit der *Konkordanz*? Auf den ersten Blick kann ein klarer Niedergangsbeschrieb konstatiert werden. Auf den zweiten Blick fällt auf, dass die Stildebatten in den Abstimmungskämpfen mittlerweile, wie bei «Schengen-Dublin» 2005, den gewaltigen Anteil von 30% erreicht haben. Fast ein Drittel des medialisierten Abstimmungskampfes bezieht sich also auf die politische Kultur. Die konkordanzdemokratische politische Kultur scheint gerade durch ihre Verletzung eine Renaissance zu erleben und von der Weissbuch-Forderung der 90er Jahre nach einem Regierungs-Oppositionsmodell ist keine Rede mehr. Die Schweiz scheint nach wie vor zur Konkordanz «verurteilt» und die antitraditional konkordanzketzerische SVP hat ihren Plafond erreicht. Ausserdem konzentriert sich die aktuelle Konkordanzdebatte ausgesprochen stark auf den Bundesrat und einzelne Kantonsexekutiven. Damit wird die Konkordanzpraxis in den zahlreichen Gremien und Kommissionen auf Bundesebene, wie auf der Ebene der Kantone und Gemeinden ausgeblendet. Die politische Kultur der Konkordanz und ihre Gleichsetzung mit Vernunft ist nach wie vor eine starke handlungsorientierende Kraft.

Mit der äusseren *Bedrohung* sieht es düster aus, auch wenn ein politisches Lager eisern daran festhält und neue Bedrohungen in Analogie zu alten imaginiert. Diese Bedrohungssemantik ist auf ein politisches Lager beschränkt und verliert an Erklärungskraft und Resonanz. Es reicht aber, um die sicherheitspolitische Diskussion in der Schweiz anhaltend auf tiefem Niveau zu halten, und verhindert, die sicherheitspolitischen Massnahmen an die *neuen* weltweiten Bedrohungen anzupassen. Nur wenn die Schweiz aus ihrer Bedrohungsisolation ausbricht, könnte sie in sicherheitspolitischer Hinsicht über Armeeinsätze im Ausland und eine Politik des «Einmischens in fremde Händel» einen sinnstiftenden Anschluss an ihre Bedrohungs-Sonderfallskonstante erreichen und daraus politische Energie gewinnen. Die Zeichen hierfür sind dünn gesät und erst noch höchst kontingent. Die aktivere Aussenpolitik und die friedenssichernden Armeeinsätze stehen politisch auf wackeligen Beinen.

Wie steht es um die in der Bedrohungssemantik wurzelnde Weltsensibilität? Hier kann ein klarer Niedergang konstatiert werden, auch wenn die politische Kommunikation in der Schweiz noch von der Pfadabhängigkeit der alten, ausserordentlich

umfangreichen aussenpolitischen Berichterstattung zehrt. Jedoch: Die Berichterstattungsnetzwerke, die aussenpolitischen Ressorts und selbst das Botschaftspersonal sind von massiven Kürzungen betroffen. Hinsichtlich der Weltsensibilität passt sich die Schweiz im Prozess der medialen Angleichung rasch allen anderen Sonderfällen an. Weltweiser wird die Schweiz in absehbarer Zeit nicht. Ausgerechnet in der globalisierten Welt nimmt die Weltaufmerksamkeit in den nationalen Arenen politischer Kommunikation ab. Bestes Gegengift wären friedenssichernde Massnahmen. Nichts bringt die Welt so sehr nach Hause, wie eine friedenssichernde Schweiz in der Welt.

Wie steht es mit der *Selbstbestimmung*? Diese Kernsemantik wird nach wie vor nur durch die SVP und die AUNS bewirtschaftet. Diesen Akteuren gelang es, Europa und das Fremde in all seinen Ausprägungen erfolgreich als Bedrohung aufzubauen und damit erst noch die verbreiteten Globalisierungsängste mit dem Sonderfallsverständnis zu verknüpfen. Diese, in der politischen Kommunikation praktisch nur von rechtsbürgerlicher Seite auf diffuse Art bewirtschaftete «Globalisierungsbedrohung» könnte von der Mitte, oder eher noch von linker Seite politisch kreativ mit dem Selbstbestimmungsideal verknüpft werden. Dabei wäre es politisch durchaus möglich, den Selbstbestimmungszwang mit einem funktionierenden Staatswesen und dem schweizerischen Ideal eines perfekten Service Public zu verbinden.

Wie steht es mit dem *kulturellen Nationalismus und der Fremdenfeindlichkeit*? Mit ihrem kulturellen Nationalismus war die Schweiz schon immer modern. Seit Auschwitz ist der ethnische Nationalismus diskreditiert und seit den Immigrationsdebatten von der Arbeits- bis zur Asylmigration und seit den Debatten über doppelte Bürgerrechte fand in sämtlichen Sonderfällen des westlichen Zentrums eine zusätzliche Abkehr von essentialistischen Deutungen des Nationalen statt. Freilich schlüpfte die schweizerische Fremdenfeindlichkeit deshalb durch die Maschen der Nachkriegsdiskreditierung. Seit den 1960er Jahren ist die Problematisierung des Fremden in der Schweiz ununterbrochen eine politische Goldgrube. Nun besteht aber erstmals die Chance, dass das Thema an Resonanz verliert. Zum einen durch die wirksame Schengenaussengrenze, die von den Friktionen der europäischen Einigung (Verfassungsdebatte) zuletzt betroffen wird, zum anderen durch eine Rigidisierung der schweizerischen Flüchtlingspolitik, die sich kaum mehr weiter treiben lässt. Die Breitwilligkeit, mit der die CVP und der Freisinn der SVP in dieser Frage freie Hand lässt, ist auch als Versuch der Elimination dieses rechtsbürgerlichen Evergreen-themas zu werten. Natürlich funktioniert auch Fremdenfeindlichkeit ohne Asylanten, ja gar ohne Fremde, genauso wie Antisemitismus ohne Semiten, das zeigt die Geschichte zur Genüge, aber es ist schwieriger, durchaus vergleichbar mit der Schwierigkeit für die Gestaltung der Sicherheitspolitik nach dem Kalten Krieg, feindliche Panzerspitzen am Rhein zu imaginieren.

Schliesslich: *Wie steht es mit den politischen Kräften, die politisch-institutionelle Neuerungen mit dem konkordanzimprägnierten Selbstverständnis der Schweiz verbinden können?* Düster. Nach wie vor sind in diesen Fragen nur die SVP und die AUNS aktiv. Die FDP, die CVP und die SP suchen nach Orientierung und sind nicht soweit, neue politische Leitlinien zu entwickeln und diese mit dem Sonderfallsverständnis zu verbinden. Dabei wäre die politische Opportunitätsstruktur gegeben. Seit der EXPO boomt neben demjenigen der SVP ein weitgehend unpolitischer, leichtfüssiger Schweizpatriotismus, der durch die gesamte Kulturindustrie kräftig ausgebeutet und gefördert wird. In Rekrutenbefragungen offenbart sich eine Schweizeuphorie, in Musik, Graphik, populärer Kunst und Modeaccessoires reproduziert sich die Schweiz, im schweizerischen Boulevard war noch nie soviel von der Schweiz die Rede, die aktive Aussenministerin einer betont profilierten Schweiz-Welt-Politik wird – völlig untypisch für diese Funktion – zur beliebtesten Bundesrätin und schliesslich, als wäre das noch nicht genug, führten die Economiesuisse und das gesamte bürgerliche Lager zum ersten Mal einen Abstimmungskampf mit ausgeprägter CH-Symbolik: für die «bewährten Bilateralen» wurde 2005 mit dem roten Tellenapfel geworben.

Fazit: Die Schweiz steht vor einem neuen, schwierigen und mühsamen Sonderfallsdiskurs. Mit Blick auf die politischen Akteure links von SVP und AUNS muss man davon ausgehen, dass dieser wieder von aussen angestossen wird. Der schweizerische Steuerwettbewerb ist nicht europakompatibel und das Zinsbesteuerungsabkommen der Schweiz mit der EU wird aufgrund von Umgehungsgeschäften nur wenig einbringen. Aus europainnenpolitischen Gründen, aber auch aus Gründen des Finanzplatzwettbewerbs sind mit neuen Pressionen seitens der EU und der OECD zwingend zu rechnen. Auf der Basis des jetzigen Standes der Sonderfallsdebatte würde dies dem Rechtskonservatismus nochmals Aufwind verleihen. Der ohnehin lahrende schweizerische Europadiskurs wird sich vor diesem Hintergrund nicht weiterentwickeln, der zwangsläufig konfliktive Bilateralismus wird auf absehbare Zeit die innenpolitische Diskussion prägen.

Wenn der sich daran entzündende schweizerische Sonderfallsdiskurs *unter der Bedingung der aktiven Beteiligung der politischen Mitte und der politischen Linken* einigermaßen gut läuft, dann kann die Schweiz ihre Bedrohungsverdammnis nicht beseitigen, aber vielleicht weltsicherheitspolitisch bzw. weltinnenpolitisch sublimieren. Eine herausgestülpte Neutralität des Einmischens in fremde Händel und als «Hort des Völkerrechts» ist historisch anschliessbar, sinnstiftend und schafft nationale Reputation. Der Selbstbestimmungszwang kann im Zeichen eines zunehmenden globalisierungskritischen Standortnationalismus gegen den dogmatischen Antietatismus und für einen guten Service Public genutzt werden. Die politische Konkordanz und der Föderalismus werden dann Konstanten bleiben. Allerdings wird die Schweiz dümmere, da ihre Weltsensibilität weiter abnimmt, ausser sie mischt sich in fremde Händel. Ausserdem ist zu erwarten, dass die Fremdenfeindlichkeit an Bedeutung in der politischen Kommunikation verliert. Allerdings setzt dies poli-

tische Kräfte voraus, die den Sonderfall nicht den Hardcore-Vertretern überlässt oder noch schlimmer, diesen bloss dekonstruiert.

Wenn es schlecht läuft, dann verbleibt die eine Hälfte der Schweiz auf der Reflexionsstufe der zweiten geistigen Landesverteidigung, die andere Hälfte orientierungslos, und die Schweiz verliert ihre politische Kultur, ihre Standortvorteile und ihren guten Service Public. Dann werden sich die freiheitsliebenden, rebellischen Urschweizer Hirtenbauern im Grab drehen, auch wenn sie nur imaginiert sind. Aber gerade deshalb sind sie höchst lebendig.

4 Literaturverzeichnis

- Altermatt, Ulrich (1988), Die Stimmungslage im politischen Katholizismus der Schweiz von 1945: Wir lassen uns nicht ausmanövrieren, in: Conzemius, Victor; Martin Greschat und Hermann Kocher (Hrsg.): *Die Zeit nach 1945 als Thema kirchlicher Zeitgeschichte*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 72 ff.
- Arbeitskreis gelebte Geschichte (2005), *Wir ziehen Bilanz. Zur Haltung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg*, Stäfa: Theodor-Gut-Verlag.
- Bonjour, Edgar (1978), *Geschichte der schweizerischen Neutralität, Kurzfassung*, Basel: Helbling & Lichtenhahn.
- Ebert, Wielfried (1991), *Der Freiheitsbaum. Ein Maibrauch im sozialen Wandel der bürgerlichen Revolution. Bilder und Leitbilder im sozialen Wandel*, hrsg. vom Schweizerischen Sozialarchiv, Zürich: Chronos.
- Ernst, Andreas (1996), *Sonderfall und Sonderweg: Krise und Stabilisierung in Deutschland und der Schweiz nach dem ersten Weltkrieg*, Zürich: Dissertation an der Phil. Fakultät I der Universität Zürich.
- Heiniger, Markus (1989), *Dreizehn Gründe, warum die Schweiz im Zweiten Weltkrieg nicht erobert wurde*, Zürich: Limmat Verlag.
- Hobsbawm, Eric J. (1991), *Nationen und Nationalismus: Mythos und Realität seit 1780*, Frankfurt am Main: Campus.
- Im Hof, Ulrich (1980), *Die Helvetische Gesellschaft 1761–1798*, in: Vierhaus, Rudolf (Hrsg.): *Deutsche patriotische und gemeinnützige Gesellschaften*, München: Kraus.
- Im Hof, Ulrich (1991), *Mythos Schweiz. Identität, Nation, Geschichte 1291–1991*, Zürich: NZZ Verlag.
- Imhof, Kurt (1993), *Lernen von Aussen? Oder: Die Betrachtung des Irrationalen als Voraussetzung für Vernunft. Programmatische Mutationen in der Krise der 30er Jahre*, in: Imhof, Kurt; Heinz Kleger und Gaetano Romano (Hrsg.): *Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit*, Reihe: Krise und sozialer Wandel. Bd. 1, Zürich: Seismo, 289 ff.
- Imhof, Kurt (1996a), Öffentlichkeit als historische Kategorie und als Kategorie der Historie, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, Jg. 46, 3–25.
- Imhof, Kurt (1996b), Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung: Von der Volksgemeinschaft vor dem Krieg zum Streit über die Nachkriegsschweiz im Krieg, in: Imhof, Kurt; Heinz Kleger und Gaetano Romano (Hrsg.): *Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit*, Reihe: Krise und sozialer Wandel. Bd. 2, Zürich: Seismo, 19–84.

- Imhof, Kurt (1996c), Wiedergeburt der geistigen Landesverteidigung: Kalter Krieg in der Schweiz, in: Imhof, Kurt; Heinz Kleger und Gaetano Romano (Hrsg.): *Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit*, Zürich: Seismo, 293.
- Imhof, Kurt (2005), Deregulation – Regulation: Das ewige Spiel sozialer Ordnung, in: Imhof, Kurt und Thomas Eberle (Hrsg.): *Triumph und Elend des Neoliberalismus*, Zürich: Seismo, 15–35.
- Imhof, Kurt (1999): Entstabilisierungen. Zukunftsverlust und Komplexitätsreduktion in der öffentlichen politischen Kommunikation der 60er Jahre, in: Imhof, Kurt; Heinz Kleger und Gaetano Romano: *Vom Kalten Krieg zur Kulturrevolution, Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der 50er und 60er Jahre*, Reihe: Krise und sozialer Wandel, Zürich: Seismo, Bd. 3, 35–54.
- Imhof, Kurt; Patrik Ettinger, Boris Boller (2001), *Die Flüchtlings- und Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz im Kontext der öffentlichen politischen Kommunikation 1938–1950*, hg. von der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, Zürich: Chronos.
- Imhof, Kurt und Gaetano Romano (1991), Bilder und Leitbilder im sozialen Wandel: Ein- und Überblicke, in: Zürich, Schweizerisches Sozialarchiv (Hrsg.): *Bilder und Leitbilder im sozialen Wandel*, Zürich: Chronos, 11 ff.
- Jost, Hans Ulrich (1986), Bedrohung und Enge, in: Mesmer, B.; Jean-Claude Favez und R. Broggini (Hrsg.): *Geschichte der Schweiz und der Schweizer*, Basel, 797 ff.
- Jost, Hans Ulrich (1992), *Die reaktionäre Avantgarde. Die Geburt der neuen Rechten in der Schweiz um 1900*, Zürich: Chronos.
- Kohler, Georg (1998): *Scheitert die Schweiz? Eine szenische Befragung*, Schauspielhaus Zürich.
- Kreis, Georg (1991), Die Schweiz der Jahre 1918–1948, in: *Geschichtsforschende Gesellschaft, Geschichtsforschung in der Schweiz (Hrsg.), Bilanz und Perspektiven 1991*, 378–396.
- Kreis, Georg (1992), Der homo alpinus helveticus. Zum schweizerischen Rassendiskurs der 30er Jahre, in: Marchal, Guy Paul (Hrsg.): *Erfundene Schweiz. Konstruktionen nationaler Identität*, Zürich: Chronos, Bd. 1, 175 ff.
- Kreis, Georg (2004a), *Mythos Rütli. Geschichte eines Erinnerungsortes*, Zürich: Orell Füssli.
- Kreis, Georg (2004b), *Kleine Neutralitätsgeschichte der Gegenwart*, Bern: Haupt.
- Kreis, Georg (2005), *Die Schweiz und Südafrika 1948–1994*, Bern: Haupt.
- Kriesi, Hanspeter (2005), *Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich*, Zürich: NZZ Verlag.
- Marchal, Guy Paul (1990), *Die Alten Eidgenossen im Wandel der Zeiten. Das Bild der frühen Eidgenossen im Traditionsbewusstsein und in der Identitätsvorstellung der Schweizer im 15. bis ins 20. Jahrhundert*. Innerschweiz und frühe Eidgenossenschaft, Jubiläumsschrift 700 Jahre Eidgenossenschaft. Hrsg. vom Historischen Verein der fünf Orte, Olten, Bd. 2.
- Marchal, Guy Paul (1992), Das Schweizeralpenland: eine imagologische Bastelei, in: Marchal, Guy Paul (Hrsg.): *Erfundene Schweiz. Konstruktionen nationaler Identität*, Zürich: Chronos, Bd. 1, 37 ff.
- Marchal, Guy Paul (1993), Mythos im 20. Jahrhundert. Der Wille zum Mythos oder die Versuchung des neuen Mythos in einer säkularisierten Welt, in: Graf, Fritz (Hrsg.): *Mythos in mythenloser Gesellschaft, Colloquium Rauricum Band 3*, Stuttgart.
- Marchal, Guy Paul und Aram Mattioli (1992), *Erfundene Schweiz. Konstruktionen nationaler Identität*, Bd. 1, Zürich: Chronos.
- Marx, Karl ([1852] 1981): *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*, MEW. Berlin: Dietz, Bd. 8.
- Mäusli, Theo (1994), *Jazz und geistige Landesverteidigung*, Zürich: Chronos.
- Moeckli, Werner (1973), *Schweizergeist – Landgeist? Das schweizerische Selbstverständnis beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges*, Dissertation. Zürich: Polygraphischer Verlag.
- Morandi, Pietro (1995), *Krise und Verständigung. Die Richtlinienbewegung und die Entstehung der Konkordanzdemokratie 1933–1939*, Zürich: Chronos.

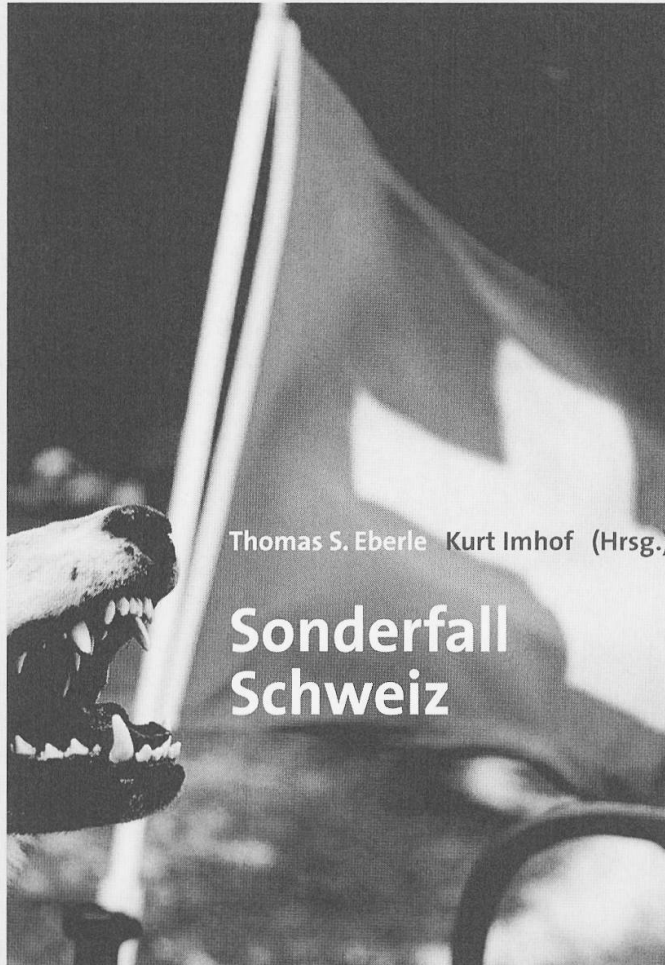
- Rings, Werner (1985), *Raubgold aus Deutschland. Die Golddrehscheibe Schweiz im Zweiten Weltkrieg*, Zürich: Artemis.
- Sablonier, Roger und Matthias Weishaupt (1991), *Die alte Schweiz als Bauernstaat*, Nationales Forschungsprogramm 21. Kulturelle Vielfalt und nationale Identität. Kurzfassungen der Projekte. Basel: NFP 21.
- Siegenthaler, Hansjörg (1992), Hirtenfolklore in der Industriegesellschaft. Nationale Identität als Gegenstand der Mentalitäts- und Sozialgeschichte, in: Marchal, Guy Paul und Aram Mattioli (Hrsg.): *Erfundene Schweiz. Konstruktionen nationaler Identität*, Zürich: Chronos, Bd. 1, 23–57.
- Siegenthaler, Hansjörg (1994), Strukturen und Prozesse in der Schweizergeschichte der Nachkriegszeit, in: Blanc, Jean-Daniel und Christine Luchsinger (Hrsg.), *Achtung! die 50er Jahre! Annäherungen an eine widersprüchliche Zeit*, Zürich: Chronos.
- Stamm, Luzi et al. (2004/2005), *Dignity and Coolness. Switzerland 1941*, Lenzburg: Merker.
- Tanner, Jakob (1986), *Bundeshaushalt, Währung und Kriegswirtschaft. Eine finanzsoziologische Analyse der Schweiz zwischen 1938 und 1953*, Zürich.
- Waeger, Gerhard (1971), *Die Sündenböcke der Schweiz. Die Zweihundert im Urteil der geschichtlichen Dokumente 1940–1946*, Olten.
- Weber, Max ([1916] 1973), Einleitung in die Wirtschaftsethik der Weltreligionen, in: Winkelmann, Johannes F. (Hrsg.): *Max Weber. Soziologie, universalgeschichtliche Analysen, Politik*, Stuttgart: Alfred Kröner, 398–440.

Thomas S. Eberle und Kurt Imhof (Hrsg.)

Sonderfall Schweiz

Seismo

Vom «Sonderfall Schweiz» spricht man seit der Gründung des Bundesstaates 1848, in den letzten Jahren aber wieder in verstärktem Masse. Heutzutage manifestiert er sich in ganz unterschiedlichen Gestalten: in einer modischen Swissness, in einer rechtskonservativen Abgrenzung gegen alles «Fremde» – seien es Immigranten oder supranationale Zusammenschlüsse –, in einer ausgeprägten Vorliebe für die «isola elvetica» bei der Jugend, im «heimischen» Liedgut, in einem wiedererwachten Stolz auf die Errungenschaften des Service public und natürlich im Bilateralismus mit der EU. Wie in anderen Staaten ist auch in der Schweiz derzeit ein Bedeutungsgewinn des Nationalen zu beobachten. Die Schweizerische Gesellschaft für Soziologie hat den «Sonderfall Schweiz» daher zum Thema ihres Jubiläumskongress «50 Jahre SGS» gemacht. Der Sammelband bietet eine Auswahl der Kongressbeiträge. Aus soziologischer Sicht werden drei verschiedene Themenfelder analysiert: 1. die schweizerische Sonderfallsdebatte, 2. das Kapitalismus- bzw. Wohlfahrtsstaatsmodell der Schweiz und 3. einige Besonderheiten der schweizerischen Wirtschaft wie das Bankgeheimnis, die Managerlohndebatte und die Durchsetzung amerikanischer Managementmodelle in der Schweizer Arbeitswelt.



Thomas S. Eberle Kurt Imhof (Hrsg.)

Sonderfall Schweiz

ISBN 978-3-03777-047-4, 308 Seiten, Fr. 48.— / Euro 32.—

Prof. Thomas S. Eberle (Universität St. Gallen) war bis 2005 Präsident und **Prof. Kurt Imhof** (Universität Zürich) ist Vizepräsident der Schweizerischen Gesellschaft der Soziologie.

Als Autoren wirken mit:

Aus der Schweiz: Roland J. Campiche • Kurt Imhof • Hanspeter Kriesi • René Levy • Christoph Maeder und Eva Nadai • Peter-Ulrich Merz Benz • Michael Nollert • Jean-Pierre Tabin, Arnaud Frauenfelder, Carola Togni und Véréna Keller • Stefan Tobler und Angelo Gisler • Matthias Vonwil und Mario Schranz

Aus Deutschland: Christiane Bender, Hans Grassl und Markus Schaal • Stefan Kutzner • Michael Opielka • Karl-Siegbert Rehberg • Juliane Sauer.

www.seismoverlag.ch info@seismoverlag.ch